

der angenommen haben soll, wurde am 9. August von einem Gericht in Xiamen zum Tode verurteilt. (XNA, 10., 16.8.02; FT, 16.8.02; ST, 16.8.02; SCMP, 19.8.02; Hong Kong Information Centre for Human Rights and Democracy, 21.8.02, nach BBC PF, 23.8.02) -hol-

### 15 Ideologischer Rundumschlag: Neues Buch von Jiang Zemin

Ende August ist ein neues Buch mit dem Titel *Jiang Zemin zum Sozialismus chinesischer Prägung* erschienen, das vom Forschungszentrum für Parteiliteratur kompiliert und vom Verlag für Schriftstücke der Parteizentrale in Beijing herausgegeben wurde. Das Buch beansprucht, die Quintessenz theoretischer und praktischer Erkenntnisse über das sozialistische System der VR China widerzuspiegeln, und ist entsprechend landesweit zur Pflichtlektüre in Parteigremien und höheren Bildungseinrichtungen empfohlen worden.

Das 560.000 Zeichen lange Buch gliedert sich in 25 Kapitel mit insgesamt 119 Unterkapiteln, die sich einem breiten Spektrum von Themen widmen, beginnend bei parteitheoretischen Fragestellungen über verschiedene wirtschaftliche, politische und außenpolitische Aspekte bis hin zu Fragen des weiteren Parteaufbaus der KPCh. Allein das Inhaltsverzeichnis nimmt sechs Seiten in Anspruch. Die inhaltlichen Ausführungen bestehen in 1.300 Fragmenten aus mehr als 370 wichtigen Schriftstücken Jiang Zemins – Berichten, Reden, Artikeln, Briefen und schriftlichen Instruktionen aus seiner Feder (bzw. der seiner Ghostwriter), die zwischen Juni 1989 und Juni 2002 entstanden sind. Laut Meldungen von Xinhua wurden viele der Ausführungen in dem nun erschienenen Buch erstmals veröffentlicht.

Teilweise wirken die über 13 Jahre hinweg entstandenen Texte aus heutiger Sicht stark antiquiert. So ist im zweiten Kapitel etwa noch immer von den „vier Grundprinzipien“ („Festhalten an der Führung der Kommunistischen Partei, am Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen, an der Praxis des demokratischen Zentralismus und am sozialistischen

Weg“) die Rede. Dieses Schlagwort war in der ersten Hälfte der 1980er Jahre von orthodoxen Parteiveteranen im Kampf gegen „geistige Verschmutzung“ und „bürgerliche Liberalisierung“ eingesetzt worden, während es im Diskurs der vergangenen Jahre kaum mehr eine Rolle gespielt hat. Andererseits hat auch die jüngste „wichtige Rede“ Jiang Zemins vom 31. Mai in der Zentralen Parteischule in Beijing noch Eingang in das Buch gefunden, wie etwa an den Ausführungen zum Aufbau einer „sozialistischen demokratischen Politik“ in China deutlich wird (vgl. C.a., 2002/6, Ü 10). Großen Raum nimmt erwartungsgemäß, über mehrere Kapitel verteilt, die seit 2000 entwickelte Theorie der „Drei Repräsentationen“ ein (die KPCh repräsentiert „die Entwicklungsbedürfnisse der fortschrittlichen Produktivkräfte Chinas, die Ausrichtung der fortschrittlichen Kultur Chinas und die fundamentalen Interessen der breiten Bevölkerung“).

Das Buch ist somit als ein ideologischer Rundumschlag konzipiert, sowohl in historischer als auch in thematischer Hinsicht. Im Kontext der intensiven Vorbereitungen auf den 16. Parteitag dürfte die Herausgabe des Buches eine wichtige Etappe in der Kanonisierung des theoretischen Lebenswerkes Jiang Zemins darstellen, das damit in eine Reihe mit den „Mao-Zedong-Ideen“ und der „Deng-Xiaoping-Theorie“ gestellt wird. (RMRB, 28.8.02; XNA, 28.8.02; Xinhua, 27., 28., 29.8.02, nach BBC PF, 28., 29.8., 3.9.02) -hol-

---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---

### 16 Asienkonzept des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat im Mai 2002 ein „Asienkonzept 2002“ verabschiedet. Es trägt den Untertitel „Erfolge des Asienkonzepts 1995 und Herausforderungen für die kommenden Jahre“. Mit dem Asienkonzept 1995 hatte das BMBF zum ersten Mal für

seine internationale Kooperation ein Regionalkonzept beschlossen. Es konkretisierte damit das 1993 von der Bundesregierung verabschiedete Asienkonzept für seinen Bereich.

In einer Bestandsaufnahme seit 1995 wird als wichtigste Veränderung ein gewachsenes Bewusstsein für die internationale Präsenz des Bildungs- und Forschungsstandortes Deutschland bei Bund, Ländern und Hochschulen in Deutschland festgestellt. Diese haben die politischen Signale und die rechtlichen Möglichkeiten dieser Frage aktiv aufgegriffen und umgesetzt. Das BMBF wird neben dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in einer Reihe von Ländern Asiens mit erheblichen eigenen Mitteln tätig werden, wobei es teilweise zu ressortübergreifender Kooperation kommt, etwa beim Deutsch-Chinesischen Dialogforum für Hochtechnologie und Umweltschutz (zusammen mit dem BMWi). Mit den meisten Ländern Asiens, so vor allem mit China, gibt es Regierungsabkommen für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Gegenwärtig stellt das BMBF für die Durchführung der Zusammenarbeit mit asiatischen Ländern gut 50 Mio. EUR p.a. zur Verfügung.

Zu den Fortschritten im Bildungsbereich werden der internationale Fachkräfteaustausch in der Berufsbildung, die Präsenz deutscher Hochschulen auf dem internationalen Bildungsmarkt und der Export deutscher Studienangebote gezählt. Auf allen drei Gebieten spielt China eine herausragende Rolle. So hat sich z.B. die Zahl der Studenten aus China, die in Deutschland studieren, von 1999 bis 2000 um rd. 40% erhöht. Auch 2001 ist die Zahl der chinesischen Studienbewerber erheblich gestiegen. Um den großen Andrang chinesischer Bewerber besser bewältigen zu können, haben das AA und der DAAD im Jahr 2001 an der Deutschen Botschaft in Beijing eine Akademische Prüfstelle eingerichtet. Für den Export deutscher Studiengänge nach China bzw. Offshore-Aktivitäten deutscher Hochschulen in China werden als Auswahl aufgeführt: deutsch-chinesische Studiengänge in Elektrotechnik und Maschinenbau der FH Hamburg mit der Shanghai Universität für Wis-

senschaft und Technologie; die von der Universität Paderborn eingerichtete deutsche ingenieurwissenschaftliche Fakultät am Institute of Chemical Technology in Qingdao; die gemeinsamen englischsprachigen MA-Studiengänge in Produktionstechnik und Kraftfahrwesen der Rheinisch-Westfälischen TH Aachen und der Qinghua-Universität in Beijing, die mit Mitteln des BMBF finanziert werden.

In Bezug auf die Weiterentwicklung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit legt das BMBF diverse Fachprogramme auf und führt gemeinsame Projekte durch, Letztere vorzugsweise unter Beteiligung von Firmen. Das BMBF hat Technologieberater initiiert, die jetzt vom BMWi finanziert werden und in den Fraunhofer-Liaison-Offices, u.a. in Beijing, und in den Außenhandelskammern (Shanghai) tätig sind und wertvolle Serviceleistungen erbringen. Alle maßgeblichen Forschungs- und Mittlerorganisationen in Deutschland haben eigene Verträge mit chinesischen Partnerinstitutionen und haben ihre Kontakte in den letzten Jahren stark ausgebaut. Das große Interesse beider Seiten an der Zusammenarbeit bezeugt die hohe Zahl von über 300 Kooperationen zwischen deutschen und chinesischen Hochschulen. Für China ist Deutschland der größte Kooperationspartner in Europa, so wie China für die deutsche Wissenschaft der wichtigste Kooperationspartner in Asien ist. Ein Schwerpunkt der Kooperation mit China ist die Umweltforschung.

Die Präsenz der deutschen Wissenschafts- und Mittlerorganisationen in China hat sich seit 1995 sehr verbessert. Hier wird an erster Stelle das im Oktober 2000 eingeweihte Chinesisch-Deutsche Zentrum für Wissenschaftsförderung in Beijing genannt, das unter der Schirmherrschaft der DFG eine gemeinsame Repräsentanz der deutschen Wissenschaft darstellt. Partnerorganisation der DFG auf chinesischer Seite ist die National Natural Science Foundation of China. Eine weitere Institution ist das Fraunhofer Representative Office in der VR China, dessen Schwerpunkt auf Projektzusammenarbeit mit chinesischen Industriepartnern liegt, insbesondere im Bereich IT-Anwendung in der Produktionstechnologie. Zudem hat das

Fraunhofer-Institut für Biomedizinische Technik mit der Qinghua-Universität ein gemeinsames Technologiezentrum in Shenzhen eingerichtet, um gemeinsam Sensoren und Aktuatoren mit Industrierelevanz zu entwickeln. Die Max-Planck-Gesellschaft (MPG), die als erste deutsche Institution Wissenschaftskooperation mit der VR China aufnahm, arbeitet mit der Chinesischen Akademie der Wissenschaften zusammen. Durch die Einrichtung selbstständiger Nachwuchsgruppen betreibt sie gezielte Nachwuchsförderung. Ein weiteres Kooperationsinstrument sind Partnergruppen, d.h. ehemalige Stipendiaten der MPG, die zur Förderung der Netzwerkbildung an deutsche Forschungseinrichtungen angebinden werden.

Die wichtigsten Aufgaben für die kommenden Jahre werden in der Erhaltung und Weiterentwicklung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, die durch Maßnahmen im Bildungsbereich ergänzt werden sollen, gesehen. Dabei sollen hauptsächlich die folgenden Instrumente eingesetzt werden:

- Gemeinsame Definition von Projektzielen und Arbeitsplänen;
- Systematische Erkundung von Kooperationsfeldern mit hoher Kompetenz in China;
- Erweiterung der Präsenz von Wissenschafts- und Mittlerorganisationen;
- Verstärkte Einbeziehung der Industrie in die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit;
- Optimierung der Kooperationsinstrumente (z.B. Projektförderung) und des gemeinsamen Forschungsmanagements u.a. durch Evaluation;
- Gemeinsame Ausschreibungen;
- Verstärkte Werbung für das Studium in Deutschland und von Deutschen im Ausland;
- Initiativen für den Austausch in der beruflichen Bildung.

Es geht zum einen um verstärkte Marketinganstrengungen für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland, zum anderen um die Unterstützung von Hochschulen auf dem chinesischen Bildungsmarkt. Die Bundesregierung stellt Stipendienmittel zur Verfügung, um Auslän-

dern das Studium in Deutschland zu ermöglichen. Kostengünstiger sind Sur-Place-Stipendien, mit denen die Studierenden an einer Universität ihres Heimatlandes studieren können. Die Stipendien sind durchweg mit der Auflage verbunden, Deutsch zu lernen. Großer Wert wird auf die Nachbetreuung der Alumni im Ausland gelegt. Auch die Berufsbildung spielt beim Marketing für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland eine zunehmende Rolle.

Die institutionelle Präsenz vor Ort soll weiter ausgebaut werden. In China ist die Gründung eines deutsch-chinesischen Forschungsinstituts geplant, das im Gegenzug zu einem in Deutschland einzurichtenden Institut entstehen soll. Partner ist auf deutscher Seite die Fraunhofer-Gesellschaft. Die Chinesische Akademie der Wissenschaften plant die Gründung eines interdisziplinären Forschungsinstituts (Institute of Advanced Studies) in Shanghai, das sich am Modell des Berliner Wissenschaftskollegs orientieren wird. Das BMBF unterstützt dieses Institut u.a. durch Mittel für die Einrichtung einer Bibliothek, die mit der Shanghai Library, einer der best ausgestatteten Bibliotheken Chinas, und über diese auch mit Bibliotheken in Deutschland vernetzt werden soll, so dass online recherchiert werden kann.

In den wichtigsten asiatischen Hauptstädten, so auch in Beijing, sind an den deutschen Botschaften Wissenschaftsreferate eingerichtet worden. Damit wird zum Ausdruck gebracht, dass Bildung, Forschung und technologische Entwicklung zu einem wesentlichen Bestandteil der auswärtigen Politik der Bundesregierung geworden sind.

Das Asienkonzept ist im Internet unter [http://www.bmbf.de/2103\\_3759.html](http://www.bmbf.de/2103_3759.html) abrufbar. -st-

## 17 Wissenschaftlich-technische Großprojekte

Das Wissenschaftsministerium gab Ende Juli bekannt, dass der chinesische Staat in den nächsten drei bis fünf Jahren zwölf wissenschaftlich-technische Großprojekte mit einer Summe von 20 Mrd. Yuan fördern will. Zu den Projekten, die von der Staatlichen Führungsgruppe für Wis-

senschaft und Technik gebilligt wurden, zählen integrierte Superschaltkreise, Elektroautos, innovative Medikamente und die Modernisierung traditioneller chinesischer Medikamente, die Modernisierung der Molkereiproduktion und Wasser sparende Landwirtschaft. Mit diesen Projekten, so der Leitgedanke, können weitreichende Forschungsergebnisse erzielt werden, die für die Modernisierung der chinesischen Wirtschaft von Bedeutung sind. Die Regierung hofft, dass innerhalb der nächsten fünf Jahre Durchbrüche erreicht und die Forschungsergebnisse umgesetzt werden können. Die Projekte, so heißt es, hätten strategische Bedeutung für Chinas Entwicklung, könnten zur Lösung dringender Probleme der chinesischen Wirtschaft und gesellschaftlichen Entwicklung beitragen (wie z.B. der Ernährungsfrage und des Problems der nachhaltigen Entwicklung), Chinas Wettbewerbsfähigkeit durch wissenschaftlich-technologische Innovationen erhöhen und neuartige Produktionsformen schaffen. Für alle Projekte wurden Machbarkeitsstudien angefertigt, und sie wurden offiziell bewilligt. Die meisten Projekte wurden öffentlich ausgeschrieben und haben bereits begonnen. Rund 6 Mrd. Yuan hat die Zentralregierung zur Verfügung gestellt, fast 14 Mrd. steuern Ministerien, Lokalregierungen und Unternehmen bei. Insgesamt sind 19 zentralstaatliche Behörden und 22 Provinzen involviert. (Vgl. RMRB, GMRB, 31.7.02)

Die genannten Großprojekte sind alle anwendungsorientiert und nützen unmittelbar der Gesellschaft. Die Schwerpunkte sind Umwelt, Medizin und Landwirtschaft, drei mit großen Problemen behaftete Felder. Umweltschutz, Verbesserung der öffentlichen Gesundheit und Modernisierung der landwirtschaftlichen Produktion zur Sicherung der Ernährung der Milliardenbevölkerung bereiten der Regierung zunehmend Sorge. Wenn die Partei und die Regierung auf diesen Gebieten in absehbarer Zeit keine Erfolge vorweisen können, verlieren sie ihre Legitimationsgrundlage. -st-

### 18 Internationaler Mathematikerkongress in Beijing: Stand der chinesischen Mathematik; Begeisterung für Stephen Hawking

Vom 20. bis 28. August 2002 fand in Beijing der internationale Mathematikerkongress unter Teilnahme von 2.000 ausländischen und 1.000 chinesischen Mathematikern statt. Dem Kongress wurde in den chinesischen Medien große Aufmerksamkeit gewidmet, nicht zuletzt wegen der Teilnahme des großen britischen Physikers Stephen Hawking, der sogar von Jiang Zemin empfangen wurde. Jiang Zemin beehrte den Kongress durch seine Anwesenheit bei der Eröffnungsfeier, auf der der stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing im Namen der chinesischen Regierung sprach.

Dass China internationale Wissenschaftler auf einer Konferenz dieser Größenordnung in Beijing zusammenführt, bringt dem Land zweifellos Prestige ein und ist als Zeichen für Chinas zunehmende Bedeutung als Wissenschaftsnation zu werten. Zugleich aber wurden neben dem Kongress auch kritische Stimmen über den gegenwärtigen Stand der Mathematik in China laut. Führende chinesische Mathematiker, unter ihnen auch der bekannte chinesisch-amerikanische Mathematikprofessor an der Harvard-Universität Shing Tung Yau (Qiu Chengtong), äußerten sich besorgt über die Zukunft der chinesischen Mathematik. Yau bemerkte, die chinesische Mathematik liege noch weit hinter dem Weltniveau zurück, und der chinesische Mathematiker Chen Mufa pflichtete dem bei. China habe in der Vergangenheit zwar große Namen auf dem Gebiet der Mathematik zu verzeichnen gehabt, Namen wie Hua Luogeng, Shiing-shen Chern und Chen Jingrun, aber in den letzten zwanzig Jahren habe China keinen Mathematiker der Weltklasse hervorgebracht, sagte Wu Wenjun, prominente Mitglied der Chinesischen Akademie der Wissenschaften und Vorsitzender des Internationalen Mathematikerkongresses.

Ein Grund für diesen Befund ist, dass Grundlagenforschung in China vernachlässigt wird und ohne zusätzliche Unterstützung von der Regierung eine dunkle Zukunft hat. Prof. Chen Mu-

fa klagte, dass er in den letzten fünf Jahren keinen Doktoranden habe rekrutieren können, niemand scheine an einem Doktorgrad in Mathematik interessiert zu sein. Seiner Meinung nach werden die Studenten immer pragmatischer; auch wenn sie bei den Aufnahmeprüfungen zur Universität gute Noten erzielten, wähle niemand Mathematik als Hauptfach. Die wenigen, die dies mit großem Erfolg tun, gingen entweder ins Ausland oder suchten eine andere Karriere. Die schwache Basis für Grundlagenforschung wird laut Prof. Yau mit Sicherheit Chinas internationale Wettbewerbsfähigkeit schwächen, zumal auf dem IT-Sektor, der in hohem Maße von der Mathematik abhängt. Die mathematische Forschung leidet auch unter Geldmangel und einem veralteten Begutachtungssystem. Mathematiker würden hauptsächlich nach der Zahl ihrer wissenschaftlichen Veröffentlichungen beurteilt. Wichtig sei nicht, wieviele chinesische Mathematiker Vorträge auf der Konferenz hielten, sondern wie die Mathematik in China gefördert werden und wie man zur Weltklasse aufschließen könne, erklärte S.S. Chern. (Vgl. XNA, 23.8.02; GMRB, 23.8.02)

Der Physiker Stephen Hawking, der als größter Physiker nach Newton und Einstein gilt und vollständig gelähmt ist, nahm die Einladung zu dem Mathematikerkongress an, nachdem sein Freund S.T. Yau ihm klargemacht hatte, dass sein Besuch dazu beitragen könne, das Bewusstsein für die Bedeutung der Grundlagenforschung bei der chinesischen Jugend zu wecken. Wenige Tage vor Kongressbeginn hielt Hawking an der Universität Zhejiang, einer der Spitzenuniversitäten Chinas, einen Vortrag vor mehreren tausend Studenten dieser Universität. Wegen des großen Andrangs musste der Vortrag, in dem Hawking seine Theorien erläuterte, vom Hörsaal in ein Stadion verlegt werden. Hawking, der sonst angeblich 50.000 GBP für einen Vortrag nimmt, sprach ohne Honorar. Die Studenten dankten es ihm mit minutenlangem Applaus und brachen in Begeisterungstürme aus. Hawkings zwei wichtigste Werke *A Brief History of Time* und *The Universe in a Nutshell*, Letzteres gerade auf Chinesisch erschienen, wurden in Hangzhou über Nacht zu Bestsellern. Der Präsident

der Universität Zhejiang, Pan Yunhe, meinte, Hawking habe mit seinem Vortrag bei den Studenten einen bleibenden Eindruck hinterlassen und ihre Hingabe an die Wissenschaft vertieft. Hawking hatte China schon einmal im Jahre 1985 besucht. (Vgl. XNA, 13. u. 17.8.02; RMRB, 18. u. 20.8.02; GM-RB, 19. u. 20.8.02)

Es bleibt zu wünschen, dass der Mathematikkongress der chinesischen Mathematik und der Grundlagenforschung insgesamt einen Schub verleiht, dass die Begeisterung für Hawking anhält und die Forschung unter den chinesischen Nachwuchsnaturwissenschaftlern angeregt wird. Die chinesische Naturwissenschaft insgesamt kann diesen Kongress als großen Erfolg verbuchen. Wenn dies auch von der Politik so gesehen würde, wäre viel gewonnen. -st-

## 19 Beschluss über Nationalitätenerziehung

Der Staatsrat hat kürzlich einen Beschluss über die vertiefte Reform und die schnellere Entwicklung der Nationalitätenerziehung (*minzu jiaoyu*) verabschiedet. Das Erziehungswesen in den von nationalen Minderheiten bewohnten Gebieten der VR China ist immer noch unterentwickelt, und es sind durchweg diese Gebiete, in denen die beiden grundlegenden Bildungsziele (Einführung der neunjährigen Schulpflicht und Abschaffung des Analphabetentums unter jüngeren Menschen) noch nicht verwirklicht sind. In dem Beschluss formuliert die Regierung die wichtigsten Ziele der Nationalitätenbildung, ihre Politik und konkrete Maßnahmen.

**1. Ziele und Aufgaben:** Unter Hinweis auf die große Bedeutung des Bildungswesens für den „Aufbau West“, d.h. für die Entwicklung der westlichen Gebiete, wird die Realisierung der beiden grundlegenden Bildungsziele als vorrangige Aufgabe bezeichnet. Innerhalb des 10. Fünfjahrplans, also bis 2005, sollen die „beiden grundlegenden Ziele“ (*liangji*), die 2001 von 51% der Verwaltungseinheiten auf Kreisebene in den autonomen, von Minderheiten bewohnten Gebieten verwirklicht waren, von dann über 70% verwirklicht sein. Zudem soll bis dahin die obligatorische Grundschule in 95% der Min-

derheitengebiete eingeführt sein. Zugleich soll gewährleistet sein, dass in Gebieten, wo andere Nationalitäten verstreut leben, deren Schulwesen vorrangig und im gleichen Tempo wie das der hanchinesischen Bevölkerung entwickelt wird. Überdies soll die Schülerzahl auf der Sekundarstufe II deutlich erhöht werden. Bis zum Jahre 2010 sollen die „beiden grundlegenden Ziele“ in den von nationalen Minderheiten bewohnten Gebieten generell eingeführt sein.

**2. Grundrichtung und Grundsätze der Nationalitätenbildung:** Bei der Planung und Reform der Nationalitätenbildung soll in Bezug auf Schulform, Unterrichtssprache, Curricula und Schulsystem differenziert je nach Nationalität und Örtlichkeit vorgegangen werden. Dabei soll jedoch unbedingt an dem Grundsatz der Trennung von Religion und Erziehung der Bürger festgehalten werden. Weder einer Organisation noch einer Einzelperson ist es erlaubt, im Namen einer Religion Schulbildung zu erteilen oder in irgendeiner Form Religion in Schulen zu verbreiten. Lehrer und Schüler aller Nationalitäten haben die atheistische und materialistische Erziehung zu stärken, wissenschaftliche Kenntnisse und Methoden zu verbreiten und den Einfluss von Aberglaube und häretischen Kulturen abzuwehren. Die Nationalitätengebiete sollen ihr Schulwesen hauptsächlich aus eigener Kraft aufbauen. Zugleich aber leistet der Staat Hilfe und kommt Unterstützung von entwickelten Gebieten und Hochschulen. Staatliche finanzielle Hilfe ist vor allem für Ungunstgebiete und Schwerpunktgebiete für Nationalitätenarbeit vorgesehen. In den Minderheiten- und Westgebieten soll schwerpunktmäßig moderne Fernbildung ausgebaut werden.

**3. Politische Maßnahmen:** Es wird betont, dass insbesondere „gesellschaftliche Kräfte“ ermuntert werden sollen, in den fraglichen Gebieten Schulen zu gründen. Nichtstaatliche Organisationen und Privatleute in Ost- und Mittelchina sollen bei der Gründung von Schulen in Minderheitengebieten und in den Westgebieten unterstützt werden, und die Bewohner in Minderheitengebieten sind aufgerufen, ihre Kinder auf eigene Kosten in Schulen Mittel- und Ostchinas zu schicken. Es soll eine vernünftige geographische

Verteilung der Schulen vorgenommen werden, und die Investitionen ins Bildungswesen der Minderheitengebiete sollen erhöht werden.

Unter der Führung der Zentralregierung und der Verantwortung der örtlichen Regierungen soll das Verwaltungssystem über die Pflichtschule auf dem Lande gestärkt werden, wobei – wie in den ländlichen Gebieten des übrigen China – die Hauptrolle dem Kreis zufällt. Besondere Aufmerksamkeit soll den dünn besiedelten Gebieten gewidmet werden. Dort sollen verstärkt Internate für Grund- und Mittelschüler eingerichtet werden. In den Minderheiten- und Westgebieten sollen Musterschulen der Sekundarstufe II errichtet und die Sekundarstufe II generell ausgebaut werden. Zugleich sollen in diesen Gebieten tertiäre Bildungseinrichtungen und Minderheitenhochschulen gegründet werden; auch die Vorschulerziehung, berufliche Bildung, Erwachsenenbildung und Sondererziehung sollen ausgebaut werden.

Die Unterstützung der Nationalitätenbildung soll erweitert werden. Damit ist Folgendes gemeint: Die Hochschulen des Landes sollen Minderheitenstudenten aufnehmen, indem sie Spezialeklassen und Vorbereitungsklassen für Minderheitenstudenten einrichten. Auf den regulären Hochschulen sollen im gleichen Maß, wie die Zahl der neu aufgenommenen Studenten zunimmt, auch mehr Minderheitenstudenten zugelassen werden. Die Mittel für die Vorbereitungsklassen stellen die Zentralregierung und die Lokalregierungen bereit. Für die Ausbildung von Fachleuten der höheren Ebene unter den verschiedenen Ethnien sollen Pläne aufgestellt werden. Jede Provinz und jedes autonome Gebiet im Westen soll eine Hochschule errichten, die eine exemplarische Rolle spielt und eine zentrale Funktion für die Ausbildung von Fachleuten wahrnimmt. Namentlich die Zentrale Nationalitätenhochschule soll unterstützt werden.

Was die finanzielle Seite der Nationalitätenerziehung angeht, so sollen während des 10. Fünfjahrplans und auch noch bis 2010 alle relevanten Programme für diesen Zweck genutzt werden. Genannt werden in diesem Zusammenhang: das „Staatliche Projekt für die Pflichtschulbildung in Armut-

gebieten“; das „Staatliche Bildungsprojekt zur Unterstützung Bedürftiger“; das „Projekt zur Entwicklung der Berufsbildung im Westen“; das „Projekt für tertiäre berufliche und technische Bildung“; das „Projekt für IT-basierte Bildung“; das „Nationale Projekt für die Wiederherstellung baufälliger Grund- und Mittelschulen“; und schließlich die Darlehensfonds für bedürftige Schüler und das Projekt zum Bau von Anlagen für außerschulische Aktivitäten. In Kreisen, in denen die Schulpflicht noch nicht eingeführt ist und in denen der Staat den Armen hilft, sollen den Schülern die Schulbücher kostenlos zur Verfügung gestellt und wirtschaftlich angemessene Lehrmittel verwendet werden. Um sicherzustellen, dass Kinder aus bedürftigen Familien die Schule besuchen können, sollen die vermischten Gebühren, Schulbuchgeld sowie Internats- und Lebenskosten reduziert oder die Kinder von diesen Zahlungen befreit werden. Die Zentrale unterstützt durch umfangreiche Finanzhilfen Schüler aus entlegenen Anbau- und Weidegebieten, die im Internat leben müssen. Auch die Finanzabteilungen der Lokalregierungen in den Minderheiten- und Westgebieten sollen Spezialfonds anlegen, um Internatsschüler in diesen Gebieten zu unterstützen. Bei gleichen Voraussetzungen sollen bedürftige Minderheitenstudenten vom Staat bevorzugte finanzielle Förderung erhalten; kein Hochschulstudent soll sein Studium aus finanziellen Gründen aufgeben müssen. Darlehen von internationalen Organisationen sowie Spenden aus Übersee, Hongkong, Macau und Taiwan sollen bevorzugt in Minderheitengebiete gelenkt werden.

Eine Besonderheit bei der Entwicklung der Nationalitätenerziehung ist die Unterstützung durch Partnerschaftsschulen. Hier werden zwei Projekte genannt, das „Projekt zur Unterstützung von Schulen im Westen durch Partnerschaftsschulen im Osten“ und das „Projekt zur Unterstützung von Schulen in Armutsgemeinden der eigenen Provinz bzw. des eigenen autonomen Gebietes durch Partnerschaftsschulen in großen und mittelgroßen Städten des Westens“. Durch diese Hilfe sollen die Minderheiten mit finanziellen Mitteln, Ausstattung, Lehrern, Lehrerfahrung usw. unterstützt werden.

Besonderes Augenmerk gilt dem Aufbau einer qualifizierten Lehrerschaft. Der Schwerpunkt soll auf der Ausbildung zweisprachiger Lehrer liegen. Lehre und Forschung an den pädagogischen Hochschulen sollen verbessert werden. Auf Kreisebene sollen Lehrerbildungsstätten errichtet werden. Zugleich sollen Hochschulabsolventen aus Ost- und Mittelchina, auch solche, die nicht von pädagogischen Hochschulen kommen, ermuntert werden, als Lehrer in Minderheitengebiete zu gehen. An den Grund- und Mittelschulen soll der Unterricht schrittweise in zwei Sprachen, der jeweiligen Minderheitensprache und Chinesisch, erfolgen; wo möglich, soll auch eine Fremdsprache gelehrt werden. Das Recht der Minderheiten auf Unterricht in ihrer eigenen Sprache soll respektiert werden. Deshalb sollen verstärkte Anstrengungen unternommen werden, Schulbücher zu übersetzen. Dafür sind entsprechende Mittel bereitzustellen.

Schließlich soll für die Nationalitätenbildung ein Netzwerk für moderne Fernbildung aufgebaut werden. Auf Kreisebene sollen Unterrichtszentren für Fernbildung und auf Gemeindeebene Fernsehräume und Datenempfangsstellen eingerichtet werden.

*4. Stärkung der Führung über die Nationalitätenbildung:* Die Regierungen aller Verwaltungsebenen sind aufgefordert, ihre diesbezügliche Führungsrolle wahrzunehmen und die Nationalitätenbildung zu einer wichtigen Regierungsaufgabe zu machen. Sie sollen rasch für die Schaffung eines gesetzlichen Rahmens für die Nationalitätenbildung sorgen und mehr in diesen Bildungsbereich investieren. Die Nationalitätenbildung soll in die persönliche Verantwortung der Führungskader fallen. Die Bildungsverwaltungen sollen Spezialabteilungen für das Bildungswesen der Minderheiten einrichten und Minderheitenkader einstellen. (Vgl. RMRB, GMRB, 20.8.02)

Das Dokument ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung des Schulwesens der nationalen Minderheiten und der Bildungschancen von Angehörigen der nichtchinesischen Volksgruppen. Bisher gibt es kein nationales Gesetz, das diesen Bildungsbereich regelt, sondern nur Bestimmungen der Lokalregierungen. Grundsätzlich ist die Zentralregierung am Aus-

bau des Schulwesens in Minderheitengebieten interessiert. Zum einen sieht sie den Zusammenhang von besserer Bildung und wirtschaftlicher Entwicklung, denn wirtschaftliche Rückständigkeit kann das Unruhepotenzial verstärken; zum anderen hält der Staat an der strikten Trennung von Religion und Bildung fest, um sein Ideologiemonopol nicht zu gefährden und zu verhindern, dass etwa in Tibet oder Xinjiang die Kinder auf Kloster- bzw. Koranschulen geschickt werden. Ein weiterer kritischer Punkt ist das Sprachenproblem. Seit Beginn der Reformperiode ist die kulturelle Autonomie der Nationalitäten zunehmend erweitert und damit auch das Recht auf die eigene Sprache in Bildung und Verwaltung zugestanden worden. Dem Unterricht in Minderheitensprachen sind allerdings aufgrund des Mangels an Übersetzungen von Schulbüchern in diese Sprachen praktische Grenzen gesetzt. Zudem kann die Kenntnis des Chinesischen der Schul- und Berufskarriere nur förderlich sein. Deshalb ist der Kompromiss des zweisprachigen Unterrichts grundsätzlich zu befürworten.

Auf der erwähnten nationalen Konferenz für Nationalitätenbildung, die Ende Juli stattfand und bei der es sich um die fünfte nationale Konferenz zu diesem Thema handelte, wurden die Fortschritte der letzten zehn Jahre vorgestellt. Von insgesamt 699 Kreisen in autonomen Regionen hatten bis Ende 2001 358 Kreise die neunjährige Schulpflicht eingeführt (51% dieser Kreise) und die Analphabetenrate unter jüngeren Menschen auf durchschnittlich unter 15% gesenkt. Zudem sind umfangreiche Mittel der Zentrale aus verschiedenen Projekten, namentlich aus dem „Staatlichen Projekt für die Pflichtschulbildung in Armutsgemeinden“ von 1995 in diese Regionen geflossen. Der überwiegende Teil der Zuwendungen aus diesem Projekt ist in neun Provinzen und autonome Gebiete mit hohem Bevölkerungsanteil nationaler Minderheiten gelenkt worden. (RMRB, 27.7.02) Die durchaus beeindruckenden Ergebnisse können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es insgesamt um das Schulwesen in Minderheitengebieten noch schlecht bestellt ist. -st-

## 20 Auslandsstudenten

Neuesten Zahlen zufolge sind seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik, also seit Ende der 1970er Jahre, 450.000 Studenten und Jungakademiker zum Studium ins Ausland gegangen. Von ihnen sollen 150.000 nach China zurückgekehrt sein, d.h. immer noch zwei Drittel sind im Ausland geblieben. Angesichts dieses Braindrain bereitet es der Regierung große Sorge, dass es die meisten Auslandsstudenten vorziehen, nach dem Studium eine Tätigkeit im Ausland aufzunehmen. Deshalb wurden bereits 1989 verschärfte Bestimmungen für Auslandsstudien erlassen. Insbesondere durch Verpflichtungserklärungen vonseiten der Studenten und die Bestimmung, dass nur graduierte Studenten ins Ausland gehen durften, die eher zur Rückkehr neigen, sollte dem Braindrain Einhalt geboten werden. Diese Politik schien erfolgreich zu sein, denn in den 1990er Jahren wurde immer wieder berichtet, dass die Rückkehrerzahlen anstiegen. Auch nach den neuesten Daten soll eine stetige Zunahme der Rückkehrerzahlen um 13% zu verzeichnen sein.

Neben der Neuregelung des Auslandsstudiums hat die Regierung in den 1990er Jahren eine gezielte Politik der Anreize für Rückkehrer betrieben. In der Erkenntnis, dass Auslandsstudenten eine wertvolle Ressource für die Modernisierung der Wirtschaft und die sozioökonomische Entwicklung insgesamt darstellen, wurden bessere Bedingungen für die Rückkehrer geschaffen. So wurden die Forschungsmöglichkeiten verbessert und ihnen durch die Einrichtung spezieller Zonen („Parks“) die Möglichkeit zu Unternehmensgründungen, zu Forschung und Entwicklung im Hightechbereich u.ä. gegeben. Neuesten Zahlen zufolge gibt es mittlerweile schon über 60 solcher Zonen für zurückgekehrte Auslandsstudenten und -wissenschaftler. Sie sind vor allem in Beijing, Shanghai, Jiangsu, Zhejiang, Guangdong, Fujian, Shandong, Chengdu, Xi'an und Nanning angesiedelt. In Beijing liegen diese Zonen hauptsächlich im Bezirk Zhongguancun, dem chinesischen „Silicon Valley“. In Shanghai gibt es bereits über 1.300 von Rückkehrern gegründete Unternehmen und in dem vor noch nicht einmal zwei Jahren gegrün-

deten Park in Shenzhen schon 140 Unternehmen. In diesen Zonen haben Rückkehrer insgesamt fast 4.000 Unternehmen in Angriff genommen, zumeist Projekte im Hightechbereich und auf dem Gebiet neuer Technologien. Auch für die Strategie der Entwicklung des Westens werden zunehmend Rückkehrer gewonnen; viele siedeln sich in den entsprechenden Zonen in Xi'an, Chengdu, Chongqing oder Lanzhou an.

Weitere Maßnahmen dieser Anreizpolitik umfassen die Lockerung der Aus- und Einreisebestimmungen und die Einrichtung von Anlaufunterstützungsfonds für Rückkehrer, die sich der Forschung widmen wollen. Die Aufenthaltsdauer für Wissenschaftler im Ausland wurde auf fünf Jahre verlängert mit der Möglichkeit mehrmaliger Ein- und Ausreise. Das Bildungsministerium richtete 1990 Anlaufstipendien für Rückkehrer ein, die bislang von knapp 9.500 Rückkehrern in Anspruch genommen wurden. Darüber hinaus bemüht sich die Regierung in jüngster Zeit verstärkt darum, das Know-how von Wissenschaftlern, die längerfristig im Ausland arbeiten, nutzbar zu machen. Zu diesem Zweck wurde im Jahr 2000 der „Frühlingssonnenplan“ (*chunhui jihua*) gegründet, über den im Ausland lebende chinesische Wissenschaftler ihren Forschungsurlaub dazu nutzen können, in China Forschungsaufgaben durchzuführen oder Vorlesungen an Universitäten zu halten. Bislang wurden 45 Wissenschaftler aus diesem Programm unterstützt. (Vgl. dazu GM-RB, 23.8.02, S.1)

Inwieweit hinsichtlich der Rückkehrerzahlen tatsächlich schon eine Trendwende eingetreten ist, wie in den letzten Jahren immer wieder von offizieller Seite behauptet wurde, ist schwer zu beurteilen, weil wir die Zahlen derjenigen Auslandsstudenten nicht kennen, deren Frist im Ausland noch nicht abgelaufen ist. Der Anteil der Rückkehrer von nur einem Drittel hat sich in zwei Jahrzehnten nicht grundlegend geändert. Die verminderten Jobchancen im westlichen Ausland und die verbesserten Karriereaussichten in China könnten jedoch schon bald zu einer deutlicheren Trendwende führen.

-st-

## 21 Umfrage: Immer mehr Ehepaare wollen kein Kind

Derzeit werden in China verstärkte Bemühungen unternommen, das Bevölkerungs- und Geburtenplanungsgesetz, das im Dezember 2001 verabschiedet wurde (vgl. C.a., 2001/12, Ü 20) und am 1. September in Kraft tritt, zu propagieren und die Bevölkerung mit dem Gesetz vertraut zu machen. Eine Bevölkerungsgruppe braucht allerdings nicht von der Ein-Kind-Politik überzeugt zu werden: die „Dinkies“ („double income – no kids“), d.h. Ehepaare mit doppeltem Einkommen und ohne Kinder. Solche Ehepaare leben durchweg in den Städten. Die Zahl der Dinkie-Paare in China soll sich mittlerweile auf 600.000 belaufen. Mit zunehmendem Wohlstand und größerer Unabhängigkeit der jungen städtischen Ehepaare, insbesondere aber durch die Berufstätigkeit der Frau, die vielfach ihre eigene Karriere verfolgt, geht der Wunsch nach Kindern zurück. Hinzu kommen die gestiegenen Kosten für die Erziehung eines Kindes und die Konkurrenz im Beruf, die dazu führen, dass sich insbesondere gut qualifizierte junge Leute mehr auf ihre berufliche Karriere konzentrieren.

Einer Umfrage in Beijing zufolge ist in der Hauptstadt jeder zehnte Haushalt ein Dinkie-Haushalt. Eines von zehn Paaren möchte kein Kind haben. Von diesen Dinkie-Paaren gaben 39% an, Kinder aufzuziehen koste zu viel Zeit und beeinträchtige die Lebensqualität. 18,6% der Befragten führten wirtschaftliche Gründe an. 16,7% gaben an, keine Zeit für Kinder zu haben. 70% der Befragten waren der Meinung, dass die Zahl der Dinkies in China weiter ansteigen werde.

Ein Soziologe der Fudan-Universität in Shanghai erklärt das Phänomen damit, dass Chinas Jugend heute mehr Freiheit in Bezug auf die Ehe habe und dass die traditionellen Familienbande sich lockerten. Bislang ist das Phänomen ein rein städtisches. Auf dem Lande dürfte es angesichts der mangelhaften Alterssicherung noch lange dauern, bis es dort auftritt. (Vgl. XNA, 20.8.02) -st-

## 22 Belebung der chinesischen Filmindustrie nach WTO-Beitritt

Auf dem diesjährigen Filmfestival in Changchun gab sich die chinesische Filmbranche optimistisch, dass die jahrelange Krise des chinesischen Films überwunden ist. Der Grund für diesen Optimismus liegt darin, dass die chinesische Regierung infolge des WTO-Beitritts den chinesischen Filmmarkt, der bislang strenger staatlicher Reglementierung unterworfen war, öffnen musste. Gemäß den Bestimmungen über die Filmverwaltung kontrollierte der Staat nicht nur die Produktion und den Vertrieb der Filme, er übte auch eine strenge Zensur aus und hielt das Im- und Exportmonopol, wobei die Zahl der ausländischen Filme, die pro Jahr eingeführt wurden, strikt begrenzt war, um den chinesischen Film zu schützen (s. C.a., 1996/6, Ü 20). Der WTO-Beitritt setzt den chinesischen Film einem stärkeren Wettbewerb aus, der China zwingt, die Qualität des chinesischen Films zu verbessern und die Filmindustrie und -verwaltung zu modernisieren. Zu diesem Zweck wurden im Februar 2002 neue Bestimmungen erlassen, die es nunmehr nichtstaatlichen Organisationen erlauben, unabhängig Filme zu produzieren, wobei privates und ausländisches Kapital zugelassen sind. Ausländische Filmgesellschaften können allerdings nicht selbstständig in China tätig werden, sondern nur über Joint Ventures. Ausländische Firmen können mit chinesischen Partnern in China Filmtheater gründen, doch bleiben ausschließlich mit ausländischem Kapital finanzierte Filmtheater nach wie vor verboten. Auch das Importmonopol für ausländische Filme behält sich der Staat weiterhin vor. Hier wird die restriktive Einfuhrpolitik jedoch gelockert. China musste sich verpflichten, im ersten Jahr nach dem WTO-Beitritt 20 ausländische Filme zuzulassen und diese Zahl in den nächsten drei Jahren auf 40 bis 50 zu steigern.

Vonseiten der Staatlichen Rundfunk-, Film- und Fernsehverwaltung verlautete, dass es in China derzeit rund 30 nichtstaatliche Filmproduktionsgesellschaften gebe. Die meisten von ihnen dürften auf lokaler Ebene und in Kooperation mit Fernsehgesellschaften agieren. Jedenfalls stammten laut ei-

ner Erhebung des Changchuner Filmstudios vom Oktober 2001 47% aller Filme, die in China gedreht wurden, aus lokaler Produktion – gegenüber 18% vor 1997. Die größten Filmproduktionsgesellschaften scheinen Zusammenschlüsse von staatlichen Filmstudios und nichtstaatlichen Unternehmen zu sein, wie die jüngst gegründete Oriental Divine Dragon Film Company, zu der sich die Poly Group Corporation of China und das Changchuner Filmstudio zusammengeschlossen haben. Sie plant u.a. die Gründung großer Kinokomplexe in zehn Großstädten, darunter Beijing, Shanghai, Guangzhou und Shenzhen.

Die neuen Filmgesellschaften hoffen den chinesischen Film wiederzubeleben und international wettbewerbsfähig zu machen. Erste positive Zeichen sind bereits auszumachen. So haben in diesem Jahr bereits 25 junge Filmregisseure ihren Erstfilm gedreht; seit 1979 war es bislang nur einmal vorgekommen, dass in einem Jahr mehr als 20 Erstlingswerke gezeigt wurden. Vor allem aber ist die Rückkehr der sog. Fünften Generation von Filmemachern zu vermerken. Zu ihr zählen Zhang Yimou, Chen Kaige und Tian Zhuangzhuang, die auch im Ausland durch begehrte Filmpreise ausgezeichnet wurden. Sie hatten seit mehreren Jahren ihre Filmarbeit eingestellt und sind teilweise erst in diesem Sommer wieder in Erscheinung getreten. So hatte kürzlich auf dem Changchuner Filmfestival Tian Zhuangzhuangs Film „Stadtfrühling“ Premiere, nachdem Tian zehn Jahre lang nicht gedreht hatte. Zhang Yimou ist zurzeit mit den Dreharbeiten für einen Kampfsportfilm beschäftigt, und Chen Kaige dreht den Spielfilm „Sei bei Dir“. Das Comeback dieser Filmemacher wird zum einen mit dem Erfolg von Ang Lees Film „Crouching Tiger, Hidden Dragon“ erklärt, dem ersten Film, der mit einem Oscar ausgezeichnet wurde (i.J. 2000), zum anderen mit den gestiegenen Investitionen vonseiten ausländischer Produzenten. (Vgl. XNA, 17., 26., 27.8.02) -st-

## Außenwirtschaft

### 23 Toyota setzt auf den chinesischen Markt und investiert 1,27 Mrd. US\$

Der japanische Automobilhersteller Toyota erhöht seine Investitionen in der Volksrepublik und wird 1,27 Mrd. US\$ in ein Gemeinschaftsunternehmen mit dem chinesischen Partner First Automotive Works (FAW) investieren. Im Jahr 2010 soll das Joint Venture 400.000 Fahrzeuge herstellen. Die Pläne umfassen den Bau von Kleinwagen, Mittelklassewagen und Geländewagen (siehe Tabelle 1).

Bislang war Toyota in China vor allem als Importeur aufgetreten. Die Marke ist nach Meinung von Branchenkennern relativ bekannt, obwohl der Konzern bislang kaum im Land produzierte. In einem ersten Gemeinschaftsunternehmen in Sichuan werden bereits Kleinbusse hergestellt. Ein weiteres Joint Venture unterhält Toyota mit Tianjin Automotive Xiali. Bereits im Juni hat FAW für 172 Mio. US\$ einen Anteil von 50,98% an Xiali übernommen. FAW gilt als starker Partner, nicht zuletzt weil es zu den drei Konglomeraten gehört, die nach Plänen der Regierung langfristig 70% des chinesischen Automarktes beherrschen sollen. Dennoch gibt es eine Reihe von Risiken. Eines betrifft den Interessenkonflikt von FAW, denn das Unternehmen stellt in Changchun gemeinsam mit Volkswagen Autos her.

Weitere Unsicherheit liegt in der Marktsituation begründet. Bereits heute verkauft VW jährlich 400.000 Fahrzeuge in China, so viele, wie Toyota 2010 herstellen will. Wegen der starken Konkurrenz hat VW in den vergangenen 18 Monaten 10% seines Marktanteils verloren, liegt aber immer noch bei 43,7%. Fast alle großen Autokonzerne sind bereits mit eigenen Produktionsstätten in der Volksrepublik präsent. Dadurch wird es für Toyota nicht leichter, die Ziele zu erreichen. „Ich wusste, dass sie Großes vorhatten, aber dieser Plan ist riesig“, sagte Graeme Maxton von der Beratungsfirma Autopolis Asia der *New*